

Bei der Erhöhung der "US-Verteidigungsausgaben" sind sich die Demokratische und Republikanische Partei der USA weitgehend einig.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 085/19 – 29.07.19

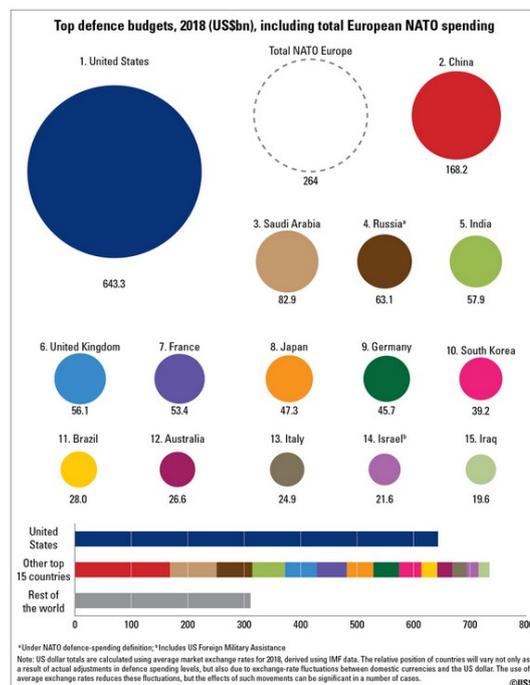
Bei den krebsartig wuchernden Verteidigungsausgaben der USA sind sich beide Parteien weitgehend einig

Von Fareed Zakaria

The Washington Post, 18.07.19

(https://www.washingtonpost.com/opinions/defense-spending-is-americas-cancerous-bi-partisan-consensus/2019/07/18/783a9e1a-a978-11e9-9214-246e594de5d5_story.html?utm_term=.9d64070e3d92)

In diesen Zeiten der Polarisierung blockieren sich Republikaner und Demokraten auf fast allen Gebieten gegenseitig. Der eigentliche Skandal sind aber die Bereiche, in denen sie sich einig sind. Das beste Beispiel dafür ist der Verteidigungshaushalt. Letzte Woche hat das von den Demokraten dominierte Repräsentantenhaus, von dem die Republikaner behaupten, es werde von Radikalen beherrscht, für das Jahr 2020 Verteidigungsausgaben von insgesamt 733 Milliarden Dollar bewilligt [s. <https://www.politico.com/story/2019/07/12/house-democrats-pass-defense-bill-1588850>]. Die Republikaner reagierten empört, weil sie – gemeinsam mit ihrem Präsidenten Trump – eigentlich 750 Milliarden Dollar bewilligt haben wollten. Mit anderen Worten, bei der größten Position im US-Staatshaushalt, die mehr als die Hälfte aller Ausgaben schluckt, liegen Demokraten und Republikaner nur 2,3 Prozent auseinander. Das ist kennzeichnend für das Krebsgeschwür, das in Washington wuchert.



Grafik entnommen aus <https://www.iiss.org/blogs/military-balance/2019/02/european-nato-defence-spending-up>

Das Verteidigungsbudget der USA ist völlig außer Kontrolle geraten. Es mangelt ihm nicht nur an strategischer Schlüssigkeit, es wird auch äußerst schlecht verwaltet, leidet unter ruinöser Verschwendungssucht und expandiert seit Jahrzehnten ungebremst. Im letzten Jahr hat das Pentagon nach 25-jährigem Widerstand endlich eine Überprüfung seiner Ausgaben zugelassen, die – wie beim Pentagon üblich – sehr teuer wurde, denn sie hat mehr als 400 Millionen Dollar gekostet [s. dazu auch https://www.washingtonpost.com/business/2018/11/21/first-full-pentagon-financial-audit-details-bureaucratic-noncompliance-no-fraud/?utm_term=.64bf769b47d6]. Die wichtigsten Pentagon-Abteilungen – die Army, die Navy, die Air Force und das Marine Corps – konnten ihre horrenden Ausgaben größtenteils nicht belegen (s. dazu auch https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP08618_180618.pdf). "Damit war auch nicht zu rechnen," gab der damals noch amtierende Verteidigungsminister Patrick Shanahan zu [s. <https://dod.defense.gov/News/Article/Article/1691870/shanahan-talks-dollars-fiscal-sense-and-space/>].

Der Special Inspector for Afghanistan Reconstruction (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Special_Inspector_General_for_Afghanistan_Reconstruction) hat festgestellt, dass Ausgaben in Höhe von 15,5 Milliarden Dollar verschwendet wurden, obwohl er nur 53 der bis zum Jahr 2017 für Rekonstruktionsaufgaben in Afghanistan ausgegebenen 126 Milliarden Dollar überprüfen konnte. In einem Brief aus dem Jahr 2018 schrieb er dazu: "Wir konnten wahrscheinlich nur einen Teil der Verschwendung, der Betrügereien, des Missbrauchs und der Fehlinvestitionen aufdecken."

Auch außerhalb von Kriegsgebieten wurden unerklärlich hohe Ausgaben festgestellt. Toiletten-Sitzdeckel für 14.000 Dollar [pro Stück, s. <https://www.nytimes.com/2018/12/19/opinion/pentagon-budget-military-spending-waste.html>], Kaffeetassen für 1.280 Dollar [pro Stück, s. <https://edition.cnn.com/2018/10/29/politics/air-force-coffee-cups-reheating-chuck-grassley/index.html>] und Kosten für Bewirtungen mit Krabben und Hummer in Höhe von 4,6 Millionen Dollar [s. <https://www.foxbusiness.com/politics/federal-government-spends-4-6m-on-crab-and-lobster-tails-in-a-month-report>]. Schon Verteidigungsminister Robert Gates (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Gates) hat sich darüber gewundert, dass nach Angaben des Pentagons in US-Militärkapellen fast so viele Musiker beschäftigt sind wie Angestellte im diplomatischen Dienst der USA [s. <https://www.politico.com/story/2016/05/pentagons-bands-battle-223435> (und https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP19808_171008.pdf)]. Und das ist heute noch so.

Präsident Trump behauptet, ein scharf kalkulierender Unternehmer zu sein. Seine Einstellung zum Pentagon erinnert aber eher an das Verhalten eines allzu nachgiebigen Elternteils. "Wir lieben und brauchen unser Militär und geben ihm alles, was es braucht und noch ein bisschen mehr," twitterte er im letzten Jahr [s. <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/961957671246159875?s=20>]. Weit davon entfernt, die Verteidigungsausgaben vernünftig zu kalkulieren, gibt er dem Pentagon immer mehr von dem Geld, das er bei anderen Regierungsausgaben einspart. Obwohl das Pentagon seine bisherigen Ausgaben schon nicht belegen konnte, wollen ihm die Republikaner immer mehr Geld zuschustern.

Auf eine noch viel größere Gefahr weist Jessica Tuchman Mathews (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Jessica_Mathews) in einem wichtigen Essay in der *New York Review of Books* hin [s. <https://www.nybooks.com/articles/2019/07/18/americas-indefensible-defense-budget/>]. Frau Mathews macht darauf aufmerksam, dass die Tendenz, das Verteidigungsbudget als Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts auszuweisen, in die Irre führen würde. Das Verteidigungsbudget sollte auf die für unser Land bestehenden Bedrohungen und nicht auf seine Wirtschaftskraft bezogen werden. Sie schreibt: "Wenn das BIP eines Staates um 30 Prozent wächst, muss es nicht zwingend 30 Prozent mehr für sein Militär ausgeben. Ganz im Gegenteil, wenn die Bedrohungen sich nicht verändern, müsste der prozentuale Anteil der Verteidigungsausgaben an einem wachsenden BIP eigentlich sinken."

Die USA sind mit einer sich wandelnden Welt konfrontiert, die sicher nicht gefährlicher ist, als sie während des Kalten Krieges war. Die USA geben aber jetzt schon mehr für ihre Verteidigung aus, als die – was die Ausgaben für Verteidigung angeht – auf sie folgenden 10 Staaten, von denen sechs – nämlich Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Japan, Saudi-Arabien und Südkorea – auch noch enge Verbündete der USA sind [s. <https://www.iiss.org/blogs/military-balance/2019/02/european-nato-defence-spending-up>]. Außerdem erfordern die wirklichen Bedrohungen der Zukunft – der Cyberkrieg und mögliche Angriffe aus dem Weltraum – ganz andere Strategien und Abwehrmechanismen als die derzeitigen Bedrohungen. Trotzdem verschwendet Washington immer noch Milliarden für Flugzeugträger und Panzer.

Außerdem muss die derzeitige Struktur des Pentagons grundsätzlich in Frage gestellt werden. Warum brauchen wir eine Air Force, wenn die Army, die Navy und das Marine Corps über eigene Luftstreitkräfte verfügen? Warum brauchen alle Teilstreitkräfte eigene Lobbyisten, um den Kongress zu beeinflussen? Als Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Donald_Rumsfeld) Anfang des 20. Jahrhunderts versuchte, sein Ministerium neu zu ordnen, ist ihm das nicht nur wegen seines wenig erfolgreichen Agierens im Irakkrieg misslungen, gescheitert ist er vor allem am Widerstand im Pentagon und im Kongress. "Sie wollen nicht benötigte Militärbasen in den USA schließen, ich habe aber nur eine (in meinem Wahlkreis), und die darf keinesfalls geschlossen werden," sagte ihm damals der republikanische Abgeordnete Rob Simmons aus Connecticut (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Rob_Simmons). Weil der US-Kongress aber 535 Mitglieder hat, konnte sich Rumsfeld nicht durchsetzen.

Dwight D. Eisenhower war der letzte republikanische Präsident, der über eine pragmatische Skepsis verfügte. Als erfahrener General verstand er, dass der Frieden nur mit einer Kombination aus militärischer Stärke und diplomatischem Geschick zu erhalten ist. Deshalb hat er in seiner Abschiedsrede als Präsident vor der Gefahr gewarnt, die vom "militärisch-industriellen Komplex" ausgeht. Fast 60 Jahre danach sieht es so aus, als sei das die prophetischste Vorhersage gewesen, die jemals ein US-Präsident gemacht hat [s. dazu auch https://www.washingtonpost.com/politics/2019/06/26/eisenhower-called-it-military-industrial-complex-its-vastly-bigger-now/?utm_term=.64ff3aa8895e].

(Wir haben diesen erstaunlich klarsichtigen Artikel aus der Washington Post komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern waren bereits im Originaltext enthalten, den wir nachfolgend abdrucken.)



Defense spending is America's cancerous bipartisan consensus

By Fareed Zakaria
July 18

You often hear that in these polarized times, Republicans and Democrats are deadlocked on almost everything. But the real scandal is what both sides agree on. The best example of this might be the defense budget. Last week, the Democratic House, which Republicans say is filled with radicals, voted to appropriate \$733 billion for 2020 defense spending. The Republicans are outraged because they — along with President Trump — want that number to be \$750 billion. In other words, on the largest item of discretionary spending in the federal budget, accounting for more than half of the total, Democrats and Republicans are divided by 2.3 percent. That is the cancerous consensus in Washington today.

The United States' defense budget is out of control, lacking strategic coherence, utterly mismanaged, ruinously wasteful and yet eternally expanding. Last year, after a quarter-century of resisting, the Pentagon finally subjected itself to an audit — which, in true Pentagon style, cost more than \$400 million. Most of its agencies — Army, Navy, Air Force, Marine Corps — failed. "We never expected to pass," admitted then- Deputy Defense Secretary Patrick Shanahan.

The Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction has identified \$15.5 billion of waste. But that is after reviewing only \$53 billion of the \$126 billion appropriated for Afghanistan reconstruction through 2017. He wrote in a 2018 letter, “[We] have likely uncovered only a portion of the total waste, fraud, abuse, and failed efforts.”

Outside war zones, there are the usual examples of \$14,000 toilet-seat lids, \$1,280 cups (yes, cups) and \$4.6 million for crab and lobster meals. Remember when then- Defense Secretary Robert Gates noted that the Pentagon had about as many people in military bands as the State Department had active Foreign Service officers? Well, it’s still true today.

President Trump says he is a savvy businessman. Yet his attitude toward the Pentagon is that of an indulgent parent. “We love and need our Military and gave them everything — and more,” he tweeted last year. Far from bringing rationality to defense spending, he has simply opened the piggy bank while trying to slash spending on almost every other government agency. The Pentagon is the most fiscally irresponsible government agency, but the Republicans’ response has been to simply give it more.

The much deeper danger, however, is spotlighted by Jessica Tuchman Mathews in a superb essay in the New York Review of Books. Mathews points out that we tend to think about the defense budget as a percentage of the country’s gross domestic product, which is fundamentally erroneous. The defense budget should be related to the threats the country faces, not the size of its economy. If a country’s GDP grows by 30 percent, she writes, it “has no reason to spend 30 percent more on its military. To the contrary, unless threats worsen, you would expect that, over time, defense spending as a percentage of a growing economy should decline.”

The United States faces a world in flux, to be certain, but surely not a more dangerous world than during the Cold War. The United States now spends more than the next 10 highest-spending countries put together, six of which are close allies — Britain, France, Germany, Japan, Saudi Arabia and South Korea. And the real threats of the future — cyberwar, space attacks — require different strategies and spending. Yet Washington keeps spending billions on aircraft carriers and tanks.

There are even more fundamental questions about the structure of the Pentagon. Why do we have an Air Force if the Army, Navy and Marine Corps all have their own air forces? Why does each service have its own representatives to essentially lobby Congress? When he was defense secretary in the early 2000s, Donald H. Rumsfeld tried to force some coherence onto the department (a legacy overshadowed by his disastrous handling of the Iraq War), but he was mostly outmaneuvered by the Pentagon and Congress. “You refer to closing unneeded bases,” Rep. Rob Simmons (R-Conn.) said to Rumsfeld. “I only have one base, and I do need it.” Multiply this response by 535 members of Congress to understand the depth of the problem.

Dwight D. Eisenhower was the kind of Republican who had a pragmatic skepticism about government. He was the kind of seasoned general who understood that peace came from a combination of military strength and diplomatic engagement. That was why in his presidential farewell address he spoke about the dangers of the “military-industrial complex.” Nearly 60 years later, it looks like one of the most prophetic warnings any president has ever made.